

Quelle : focus online money

Dumpinglöhne

Die Rentenversicherung verschenkt Milliarden

Montag 13.09.2010, 18:01



Illegale Dumpinglöhne in der Zeitarbeitsbranche haben die Rentenversicherung um Milliarden einnahmen gebracht. Das Geld ließe sich zwar zurückholen. Doch die Behörde zaudert – und riskiert, dass die Ansprüche verjähren.

Die Deutsche Rentenversicherung verzichtet auf Milliarden einnahmen aus möglichen Beitragsrückforderungen. Auf 1,8 Milliarden Euro schätzte der Münstersche Arbeitsrechtsexperte Professor Peter Schüren mögliche Nachforderungen der Rentenkasse an Leiharbeitsfirmen, die ihre Angestellten jahrelang mit unrechtmäßigen Niedrigtarifen bezahlt haben. Grüne und SPD forderten die Versicherung auf, zumindest die drohende Verjährung der Ansprüche zu verhindern.

Angesichts von jährlich etwa 200 000 betroffenen Leiharbeitnehmern handele es sich um eine vorsichtige Schätzung, sagte Schüren, denn „es könnten auch zwei oder drei Milliarden Euro sein“. Die Rentenkasse verzichte auf „die größte Beitragsnachzahlung aller Zeiten“. Bereits für die Jahre 2004 und 2005 habe die Kasse jeweils rund 600 Millionen Euro nicht eingefordert. Nun drohe im Dezember durch Verjährung für das Jahr 2006 ein Verlust von rund 600 Millionen Euro. Einnahmen folgender Jahre seien möglicherweise ebenfalls in Gefahr.

Wettlauf gegen die Zeit

Leiharbeitsfirmen haben seit 2004 sowohl Flächentarife als auch Haustarife mit der christlichen Leiharbeitergewerkschaft CGZP abgeschlossen. Diese Verträge wurden bereits von zwei Gerichten für nichtig, die Gewerkschaft selber für tarifunfähig erklärt. Sollte dieses Urteil auch in letzter Instanz bestätigt werden, stünde den Leiharbeitern der gleiche Lohn zu wie den fest angestellten, besser bezahlten Kollegen. Für die Differenz zwischen den zu niedrigen Löhnen und den Regellöhnen kann die Rentenkasse auch nachträglich Beiträge einziehen.

Zwar steht das Urteil des Bundesarbeitsgericht (BAG) in einem von der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di und dem Land Berlin angestregten Verfahren noch aus. Dennoch könnte die Behörde nach Angaben Schürens bereits Änderungsbescheide erlassen. Die

Rentenkasse müsse sofort handeln, wenn sie weitere Verluste durch Verjährung vermeiden wolle. Das sieht die Behörde selbst offenbar anders. Die Deutsche Rentenversicherung Bund teilt auf Anfrage mit, sie müsse das letztinstanzliche Urteil des Bundesarbeitsgerichts abwarten. „Bis dahin können wir nichts tun,“ sagte Sprecherin Renate Thiemann. Eine „faule Ausrede“, findet Schüren.

Die Politik ist alarmiert

Auch die SPD-Bundestagsabgeordnete und Arbeitsrechtlerin Anette Kramme forderte am Montag ein rasches Handeln der Rentenversicherung. „Es geht jetzt darum, eine Verjährung von Beitragsansprüchen zu verhindern“, sagte Kramme. Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte der Grünen-Bundestagsfraktion, erklärte, Bundesregierung und Rentenversicherung hätten es versäumt, Nachforderungen zu stellen oder zumindest eine Verjährung durch Betriebsprüfungen zu verhindern. Die Deutsche Rentenversicherung müsse „unverzüglich tätig werden“, nicht nur im „konkreten Fall, sondern auch für Fälle, in denen sittenwidrige Löhne gezahlt oder Mindestlöhne nicht gezahlt wurden“. Die Zahlung gesetzeswidriger Löhne müsse konsequent geahndet werden.